

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander König

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Gerd Mannes

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Rainer Ludwig

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Albert Duin

Staatsminister Hubert Aiwanger

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.

a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung der Bayerischen Bauordnung

Abschaffung der sog. 10H-Regelung (Drs. 18/16896)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von

Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

hier: Abschaffung der sog. 10H-Regelung (Drs. 18/17825)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort an Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion. Frau Karl, bitte.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Fakten. Der Strombedarf steigt massiv – Stichworte: Elektromobilität, Dekarbonisierung der Wirtschaft und vieles mehr. Bayern möchte bis 2040 klimaneutral sein. Dies ist ein gutes und ambitioniertes Ziel. Nach Berechnungen der Vbw bedeutet dies unter anderem, ab heute jeden Tag PV-Anlagen mit einer Fläche von 26 Fußballfeldern in Betrieb zu nehmen, jede Woche zwei neue Windkraftanlagen mit je fünf Megawatt Leistung zu bauen und jede Woche ein neues Umspannwerk zu bauen, um den Strom auch gut einspeisen und verteilen zu können, und, und, und.

Gleichzeitig steckt ein großer Teil des Wohlstands in Bayern in der Wertschöpfung durch die Industrie. Die Wettbewerbsfähigkeit mit bezahlbaren Strompreisen ist somit das Wichtigste, nicht die Deindustrialisierung durch Abwanderung stromintensiver Branchen. Der Strompreis steigt und steigt. Der Hauptgrund dafür sind die fossilen

Energien. Sie sind sehr teuer. Wird mehr Gas als Übergangslösung gebraucht, wird es noch teurer; denn Gas ist die teuerste Energieform. Im Gegensatz dazu ist Windenergie die billigste Form der Energieerzeugung und verbraucht dabei auch am wenigsten Fläche. Ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, besonders im Bereich Wind, bremst den Strompreisanstieg also massiv. Der Umschlagpunkt, bei dem der Strompreis zu sinken beginnt, liegt bei einem Anteil von 83 % der erneuerbaren Energien.

Was passiert aber in Bayern? – Wir sehen eine Stagnation beim Windkraftausbau. Die Staatsregierung setzt auf das Prinzip Hoffnung und setzt sich auch hierbei immer ambitionierte Ziele, tut dafür jedoch nichts. Herr Minister Aiwanger spricht jetzt von 600 Windrädern, die er entweder im Wald verstecken will oder in Vorranggebieten für Windkraft, wo er die 10-H-Regel aussetzen will.

(Zuruf)

Dabei hat er schon beim Entwurf des Landesentwicklungsprogramms die Chance verpasst, den erneuerbaren Energien und hier auch der Windenergie den richtigen Rahmen und die richtige Gewichtung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz klar, meine Damen und Herren: Ausnahmen von 10 H werden von den Bürgern nicht akzeptiert. Warum? – 10 H soll ja angeblich dem Schutz der Menschen dienen. Nun meint aber die Staatsregierung: Na ja, dann, wenn wir es brauchen. Dann machen wir jetzt einmal Ausnahmen vom Schutz der Menschen, weil wir uns das so einbilden. Doch das ist mitnichten so, das ist Blödsinn; denn wir müssen ganz deutlich feststellen: Wir brauchen 10 H nicht, um die Menschen zu schützen. Windenergie ist nicht gefährlich. Die emissionsschutzrechtlichen Bedingungen reichen vollkommen aus, um Mensch und Natur zu schützen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb weg mit der 10-H-Regel, die nur Akzeptanzprobleme erzeugt hat! Auch die Wirtschaft und die Gewerkschaften fordern aus gutem Grund die Abschaffung der 10-H-Regel. Um die Bürger mitzunehmen, braucht es eine gemeinsame Standortauswahl und eine Beteiligung der Bürger an den Gewinnen. Dann wird man feststellen, dass Bürgerentscheide, die ich gerne verpflichtend machen möchte, auch in der Ruhe der Wahlurne zugunsten der Windkraft ausgehen. Dann haben alle etwas davon. Ohne 10 H braucht man nämlich auch kein aufwendiges Bauleitplanverfahren, das die meisten Kommunen überfordert.

Deshalb: Beteiligung der Bürger, Bürgerentscheid zur Absicherung und dann ohne 10 H bürokratiearm die Zukunft gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander König von der CSU-Fraktion. – Herr König, Sie haben das Wort.

Alexander König (CSU): Sieht man die Zeit irgendwo?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Zeit wird beginnen, wenn Sie mit Ihrer Rede beginnen.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wie sich schon herumgesprochen hat – wir haben das Thema nicht zum ersten Mal –, halten die CSU-Fraktion, die Staatsregierung und der Ministerpräsident an 10 H fest. Wir tun dies nicht aus Jux und Tollerei, sondern deshalb, weil 10 H – damals eingeführt von Herrn Ministerpräsident Seehofer – zu einer wirklichen Befriedung in diesem Land geführt hat.

(Zuruf)

Ich habe den Eindruck, Sie können sich nicht mehr daran erinnern, was damals los war, als den Menschen gegen ihren Willen – und ohne dass sie sich wehren konnten –

reihenweise Windkraftanlagen vor ihre Südterrasse gebaut wurden. Es gab erhebliche Konflikte. Diese Konflikte konnten nur mit 10 H aufgelöst werden.

Ich freue mich, Frau Karl, dass Sie in Ihren Ausführungen eine gewisse Kehrtwende gegenüber dem letzten Mal vollzogen haben, indem Sie soeben betont haben, wir müssten die Menschen mitnehmen und Windkraftanlagen mit den Bürgern errichten. Das ist richtig. Genau das wollen wir. Genau so muss es gemacht werden. Deshalb ist es der richtige Weg, im Rahmen einer Bauleitplanung Windkraftanlagen zu errichten, weil damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und sonstiger Berechtigter am besten berücksichtigt werden können. Deshalb werden in diesem Land natürlich auch jede größere Fabrik, jedes größere Kraftwerk und jeder Fernsehturm, sofern noch einer gebaut wird, im Rahmen einer Bauleitplanung und nicht als privilegierte Vorhaben errichtet; denn nur so kann die Bürgerbeteiligung dargestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Windkraft ist zurzeit die Nummer vier der regenerativen Energieträger in Bayern, was die Stromerzeugung angeht. Wir produzieren etwa 13 Terawattstunden mit Photovoltaik, etwa 11 Terawattstunden mit Wasserkraft, erstaunliche 10 Terawattstunden – das ist den wenigsten Menschen klar, der Herr Staatsminister hat gerade darauf hingewiesen – mit Biomasse, und an vierter Stelle steht die Windkraft mit zurzeit knapp 5 Terawattstunden. Da ist noch Potenzial, Kolleginnen und Kollegen. Das ist ohne Frage so. Ich stimme Ihnen voll zu, dass hier Potenzial ist.

Deshalb gibt es auch die unterschiedlichsten Überlegungen, wie wir mit Bürgerbeteiligung – und trotzdem – dieses Potenzial besser heben können. Da gibt es die unterschiedlichsten Ideen. Auf Bundesebene hatten wir auch schon an der Gesetzes-schraube beim Thema Repowering gedreht. Ich sage Ihnen: Das Repowering wird sowieso funktionieren; daran brauchen Sie nicht groß zu drehen.

Dann gibt es aber die tollsten Ideen zum Thema Wald. Zunächst war von Staatswald die Rede. Das hat mich sehr überrascht, auch als Juristen, weil ich glaube, dass Wald

nicht nach seinen Eigentumsverhältnissen im Gesetz definiert wird, sondern nach seinem Schutzwert. Deswegen wird es ein bisschen schwierig sein zu sagen, dass man nur im Staatswald Windräder bauen will. Aber im Wald allgemein, also auch im Reichswald, im Privatwald, im Kommunalwald und im Körperschaftswald – egal, wem er gehört –, ist es grundsätzlich natürlich möglich.

Es wird auch überlegt, Windräder nur dort zu bauen, wo Vorbelastungen sind. Kolleginnen und Kollegen, wo sind denn Vorbelastungen in einem Land, in dem alle Menschen sehr eng aufeinander wohnen? – Autobahnen: Vorbelastungen; Bahnstrecken: Vorbelastungen; Schifffahrtslinien habe ich schon einmal angesprochen, auf dem Chiemsee: auch eine Vorbelastung, sodass man da ein Windrad hinbaut; und so weiter. Das sind also alles schwierige Themen. Bitte versuchen Sie einmal, das zu Ende zu denken.

Aber eines stimmt natürlich, und darauf hat auch der Staatsminister Aiwanger – zumindest habe ich das den Medien entnommen – hingewiesen: Wir haben bisher eine sehr ungleiche Verteilung der Windräder in Bayern. Wir haben über 1.100 Windräder in Bayern. Davon stehen etwa 10 % bei mir im Landkreis Hof, da steht also ein hoher Anteil. Da möge sich jeder mal überlegen, wie weit wir dann wären, wenn jeder schon so um die 110 Windräder in seinem Landkreis hätte. Der Staatsminister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sich viele vor Jahren im Rahmen der Regionalplanung von der Verantwortung freigezeichnet haben, hier für mehr Windkraftanlagen zu sorgen.

Ich glaube, das ist schon ein wesentlicher Ansatzpunkt. Ich stimme dem Staatsminister Aiwanger ausdrücklich zu, dass man sich in dem Zusammenhang mit der Frage auseinandersetzen muss, ob diese wenigen Ausweisungen von Vorranggebieten aus heutiger Sicht noch sachgerecht sind oder ob wir hier neu darüber nachdenken müssen, wie Windräder überall in Bayern gebaut werden können.

Ich war letztes Jahr in Griechenland im Urlaub und habe festgestellt, dass die Griechen ihre Windräder auf Berge bauen, weil sie zu der Erkenntnis gekommen sind,

dass der Wind auf dem Berg stärker als im Tal weht. Das ist bei mir im Frankenwald auch so. Da stehen die Windräder ebenfalls nicht im Tal, sondern in der Regel auf Höhen. Auch das bitte ich mal zu bedenken. Auch dort, wo Berge sind – die Zugspitze erscheint mir schwierig –, kann man Windräder errichten. Man kann das an anderen Orten sehen.

Das werden wir alles diskutieren müssen. Nur am Ende des Tages ist eines auch klar, Kolleginnen und Kollegen: Vor allem die GRÜNEN – aber nicht nur die GRÜNEN – neigen dazu, hier den Eindruck zu erwecken, dass wir unsere Energieprobleme und den – wie Frau Karl völlig richtig sagte – enorm steigenden Bedarf an Strom nur mit der Errichtung von Windrädern lösen bzw. decken könnten. Da bitte ich Sie mal zu überlegen, ob das richtig ist.

Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass wir etwa 1.100 Windräder in Bayern haben. Staatsminister Aiwanger, der schon einmal 100 Windräder im Wald gefordert hat, dann 300 und jetzt 600, hat jetzt in einer Presseerklärung gesagt, wie ich gelesen habe: Mit 600 Windrädern könnten wir etwa das Potenzial verdoppeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich glaube, das ist richtig, dass wir das mit 600 Windrädern könnten. Aber, Kolleginnen und Kollegen, würden wir damit wirklich unser Energieproblem lösen? Würden wir damit wirklich den enorm steigenden Strombedarf decken können? – Ich sage Ihnen: mitnichten. Auch nicht mit der zehnfachen Menge könnten wir das Problem allein mit Windrädern lösen.

Die Kollegen im Wirtschaftsausschuss wissen das. Wir hatten eine Anhörung zum Thema "Kostenentwicklung des Strompreises". Da haben Sachverständige vorgetragen, wie viele Windräder man rechnerisch jeweils bräuchte, um das eine oder andere zu tun. Der eine Sachverständige hat uns vorgerechnet, dass man etwa 4.000 Windkraftanlagen alleine bräuchte, um den Flugtreibstoff, der am Flughafen München von den Flugzeugen getankt wird, durch synthetischen Kraftstoff zu ersetzen. Um den syn-

thetischen Kraftstoff herzustellen, bräuchte man alleine 4.000 Windkraftanlagen. Also setzen Sie das bitte einmal in Relation und überlegen Sie, ob das Problem so lösbar ist. Ein anderer hat uns vorgetragen, dass man für den Ersatz des Einsatzes der Kohle in dem größten Stahlwerk in Deutschland 3.500 Windräder bräuchte. Ein weiterer hat auf ein Gutachten der Deutschen Bank verwiesen, in dem zu lesen sei, dass wir 100.000 neue Windräder in Deutschland bräuchten, wenn alle Kraftfahrzeuge auf Strom umgestellt werden würden und wir den dann erforderlichen Strom – Frau Karl nickt – mit Windenergieanlagen darstellen wollten.

Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen – ich bitte wirklich, einmal ernsthaft darüber nachzudenken – zeigen ganz deutlich: Windenergie ist ein Baustein, ist auch bei uns in Bayern ein wichtiger Baustein der regenerativen Energieträger. Aber es ist mitnichten möglich, allein mit dem Bau von Windrädern unser Energieproblem zu lösen, wie die einen oder anderen Kollegen immer wieder erzählen – ich will hier jetzt keine Namen nennen; er lacht ja schon – und uns glauben machen wollen, dass wir allein mit dem Bau von Windrädern unser Energieproblem lösen könnten. Kolleginnen und Kollegen, das ist Quatsch. Davon müssen wir uns lösen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir nicht weiterhin ein Energie-Importland sein und nicht noch mehr Strom importieren wollen – wahrscheinlich auch aus Atom- und Kohlekraftwerken in den Nachbarländern –, dann werden darüber hinaus erhebliche weitere Anstrengungen erforderlich sein. Dann werden wir uns vor allem Gedanken machen müssen, wie wir die Energieeffizienz steigern können. Wie können wir trotzdem mit dem Auto fahren? – Daimler-Benz ist da schon sehr gut dabei, habe ich jetzt gelesen, indem man sich bemüht, einfach sparsamere Motoren zu entwickeln.

Wir brauchen Energieeffizienz in allen Wirtschaftsbereichen. Wie können wir intelligente Technologien einsetzen, um hier weiterzukommen? – Indem wir leistungsfähigere Speicher entwickeln, natürlich den Netzausbau voranbringen – der Herr Staatsminister

nickt –, Lastausbau machen und so weiter und so fort. Da werden viele, viele weitere Schritte erforderlich sein. Deshalb sind wir dabei, die Windenergie auszubauen. Aber wir glauben im Gegensatz zu den GRÜNEN nicht daran, dass wir allein dadurch unsere Energieprobleme lösen können, sondern es wird eine Vielzahl weiterer innovativer Maßnahmen erforderlich sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege König, ich fand jetzt interessant, dass Sie gesagt haben: Rein rechtlich ist es kaum umzusetzen, dass das nur in den Staatsforsten möglich ist. – Das ist auch meine Meinung. Wir haben mit Staatsforsten 11 % der Fläche in Bayern. Jetzt hat erst gestern wieder Wirtschaftsminister Aiwanger gesagt, er will in den Wald gehen. Daher eben die Frage: Wie soll das rechtlich gehen, dass im Staatsforst 1.000 Meter Abstand gelten und außerhalb 2.500 Meter? Warum sollte ein privater Waldbesitzer nicht sagen können: Ich will bei mir eine Windkraftanlage bauen? Warum sollte das nur der Staat dürfen? Und weiter: Warum soll dann jemand, der eine Ackerfläche hat, nicht bauen dürfen, aber im Staatswald soll das möglich sein? Wie bitte soll das rechtlich gehen? – Das ist die Frage an Sie als Juristen.

Alexander König (CSU): Herr Stümpfig, vielen Dank dafür, dass Sie mir weitere Redezeit besorgt haben. Ich habe ja schon ausgeführt: Ich halte es juristisch für überhaupt nicht machbar, nur im Staatswald Windräder zu bauen, weil eben Wald anders definiert wird. Daher glaube ich, dass es da auch bei dem einen oder anderen, der solche Ideen in den Raum gestellt hat, einen Umdenkungsprozess gibt. Es ist ja auch gut, wenn man immer wieder weiter- und neu denkt.

Aber ich bitte Sie schon um Verständnis: Wenn Sie die Staatsregierung fragen wollen, dann müssen Sie die Staatsregierung fragen. Wenn Sie mich fragen wollen, dann fra-

gen Sie mich. Wenn Sie mich fragen, dann sage ich Ihnen: Es geht hier nicht nur um die juristische Frage. Das ist auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land. Im Landkreis Hof sind die meisten Windräder. Staatswald – schauen Sie sich mal die Staatswaldbetriebe an – befindet sich fast ausschließlich in Nord- und Ostbayern. In Süd- und Westbayern gibt es fast keinen Staatswald. Da gibt es anderen Wald und andere Waldeigentümer. Schon deshalb ist es nicht sachgerecht und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt nicht zu vertreten, allein auf den Staatswald zu gehen. Also wenn, dann muss man Wald insgesamt öffnen, dann muss man überlegen, wie man das macht und in welchem Maß. Es kommt immer im Leben auf das richtige Maß an; hier auch. Davon bin ich überzeugt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit!

Alexander König (CSU): Das Thema Wald wird nicht der einzige Punkt sein, aber es kann natürlich ein Ansatz sein.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit geht zu Ende. Aber Sie haben noch eine weitere Redezeit gewonnen. Es gibt nämlich eine zweite Zwischenbemerkung, nämlich von Herrn Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr König, nachdem Sie hier so eine vernünftige Rede gehalten haben, gebe ich Ihnen auch noch ein bisschen Redezeit. Meine Frage wäre folgende:

Sie haben es ja relativ gut ausgeführt, dass es nicht möglich ist, die Energiesektoren Strom, Mobilität und Wärme mit Windkraft abzudecken, weil wir dafür deutschlandweit Hunderttausende Windräder bräuchten. Mir fehlt von der Staatsregierung und auch von Ihrer Fraktion, dass hier einfach mal gesagt wird, wie der zukünftige Energiemix in Bayern ausschauen soll. Dazu gibt es kaum Informationen. Ich habe dazu auch an die Staatsregierung Anfragen gestellt, die nicht beantwortet wurden. Vielleicht können Sie jetzt dazu mal etwas sagen: Wie wollen Sie nach der Abschaltung von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken in Bayern für Energie sorgen?

Alexander König (CSU): Herr Mannes, auch Ihnen vielen Dank für die zusätzliche Redezeit. Ich habe am Ende meiner Ausführungen schon darauf hingewiesen, dass ich es für ganz wesentlich halte, dass wir nicht nur überlegen, wie wir diesen fast exponentiell steigenden Strombedarf decken, sondern dass wir vor allem auch überlegen, wie wir alle Technologien nutzen, um mit weniger Strom genauso gut leben und produzieren zu können. Das ist schon einmal ein ganz wesentlicher Ansatz, nämlich auf Innovationen und neue Technologien zu setzen. Ich glaube, dabei sind wir das Hoffungsland Deutschlands, das das am besten leisten und einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann.

Ansonsten werden wir natürlich auf die verschiedenen regenerativen Energieträger angewiesen sein. Wir haben bei allen die Möglichkeit, weitere Potenziale zu gewinnen. Das ist bei Weitem nicht nur bei der Windkraft so. Die Biomasse ist vorhin ganz zu Recht angesprochen worden. Selbst bei der Wasserkraft gibt es, wenn man guten Willens ist, weitere Ausbaupotenziale – davon bin ich überzeugt.

Ich glaube, dass es hier viele Möglichkeiten gibt. Diese müssen wir alle nebeneinander und parallel nutzen. Wir dürfen uns nicht allein auf die Windräder fokussieren. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass wir bei Energie und auch beim Strom heute, zumindest übergangsweise oder vielleicht noch lange Zeit, ein Importland bleiben werden, bis wir diesen Weg beschritten und solche Ziele erreicht haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit geht zu Ende.

Alexander König (CSU): Alles andere halte ich persönlich für unrealistisch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Stümpfig, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestern hatten wir eine dreistündige Sitzung des Energiebeirats. Der Herr Minister hat zu dieser sehr interessanten Veranstaltung eingeladen. Wir haben den Großteil der Zeit über Windkraft gesprochen, die auch wirklich wichtig ist, weil die Windkraft in Bayern der zentrale Baustein ist.

Alle Praktiker, Verbände und Wissenschaftler haben noch einmal betont: Die Flaute bei der Windkraft muss beendet werden. Wir brauchen bei der Windkraft den Turbo. Wir haben so großes Potenzial. Für mehr Akzeptanz brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung, transparente Verfahren und ein klares Bekenntnis der Politik zur Windkraft.

Herr Aiwanger, Sie nicken. Die Vbw, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, hat das auch noch bestätigt. Von allen Seiten kommt das Kommando: Jetzt muss bei der Windkraft endlich der Turbo gezündet werden. Deswegen ist ganz klar: Wir müssen die 10-H-Regel abschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade habe ich mir gedacht: Der Windkraft kann es in Bayern kaum schlechter gehen als in den letzten Jahren, aber es geht doch noch tiefer. Es ist tatsächlich so: Wir sind jetzt bei den Genehmigungsanträgen in den ersten drei Quartalen im letzten Jahr bei null. Vorher hatten wir immer noch eine Handvoll. Jetzt sind wir aber bei null. Das heißt einfach: Wenn wir heute null Genehmigungsanträge haben, dann ist der Windkraftausbau auf viele Jahre blockiert. Dann kommt also einfach nichts dazu. Beim Zubau ist es genauso: Es gab nur eine Handvoll Anträge in den letzten Jahren.

Wir waren bei den Genehmigungsanträgen vor der 10-H-Regel bei 400; 400 Genehmigungsanträge im Jahr 2013, Herr Aiwanger! Wir waren beim Zubau bei 160; jetzt sind wir aber bei null oder nur einer Handvoll. Der Zusammenhang ist doch ganz klar. Wenn man dann behauptet, das liegt nicht an der 10-H-Regel, muss ich sagen: Sie können doch auch eins und eins zusammenzählen. Mann, oh Mann! Es liegt aus-

schließlich an der 10-H-Regel, dass es der Windkraft in Bayern so schlecht geht. Deswegen muss diese Regel abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr König, natürlich wird es nicht nur Windkraft geben. Aber wenn wir die gesteckten Ziele, die Sie im Jahr 2011 im Bayerischen Energiekonzept "Energie innovativ" festgeschrieben haben, nämlich 1.000 bis 1.500 neue Windkraftanlagen bis zum Jahr 2021 zu errichten, nicht erreichen, dann haben wir fast nichts. 2021 ist vorbei, und wir haben fast nichts.

1.500 neue Windkraftanlagen würden uns heute jährlich – wenn man die modernen Windkraftanlagen als Maßstab nimmt – circa 15 Terawattstunden liefern, plus die knapp 5 wären wir bei 20 Terawattstunden. Beim derzeitigen Verbrauch von 85 Terawattstunden in Bayern wären das 20 bis 25 %. Da kann man doch nicht sagen, ja, das ist alles nicht so, und irgendwelche Zahlen von Experten in den Raum werfen; die von Ihnen Zitierten haben in dem Fall auch nicht recht. Die Deckung von 20 bis 25 % unseres Energiebedarfs ist mit diesen Windkraftanlagen möglich.

Baden-Württemberg zeigt, wie es geht. Dort hat man jetzt 132 Anlagen im Genehmigungsverfahren. Wir haben derzeit 21 im Genehmigungsverfahren. Baden-Württemberg ist nur halb so groß wie Bayern. Das heißt, Herr Aiwanger, es hat bezogen auf die Fläche die dreizehnfache Menge. Es ist doch ganz klar, dass da jetzt endlich etwas passieren muss. Die Lösung ist auch schon aufgezeigt. Jetzt endlich kommt durch den Besuch von Robert Habeck ein wenig frischer Wind nach Bayern. Ich sage Ihnen: Wir brauchen vier konkrete Schritte.

Der erste Schritt wäre ein Sofortprogramm. Wir haben 18.000 Hektar freie Flächen in Bayern, die wegen der 10-H-Regel unbrauchbar sind. Auf einen Schlag kamen die wegen der 10-H-Regel für die Windkraftanlagen nicht mehr in Frage. Das sind Vorbehaltsflächen und Vorrangflächen, die Sie von der Staatsregierung mit einem Federstrich brauchbar machen könnten, wenn Sie sagen würden: Da gilt ein Abstand von

1.000 Metern. Dann könnten wir hier endlich einmal zubauen. Das wäre der erste Schritt, Herr Aiwanger: ein Sofortprogramm.

Der Zweite wäre, den Planungsverbänden endlich eine Freigabe zu erteilen. Die Planungsverbände können doch nichts machen. Sie sehen die 10-H-Regel und können nicht planen, weil es keine Flächen gibt, die der 10-H-Regel genügen. Das heißt: Wenn Sie jetzt nur weiter rumdoktern, wie Sie es gestern auch im Energiebeirat nach dem Motto "Hier kleine Änderungen und dort auch" angekündigt haben, können die Regionalen Planungsverbände nichts tun. Sie sind weiterhin blockiert, weil es mit 2.500 Metern Abstand keine Flächen gibt.

Das heißt, Sie müssen den Planungsverbänden jetzt sagen: Die 10-H-Regel gilt bei Planungen nicht. Das ist der zweite wichtige Schritt, sonst funktioniert es nicht. Es hilft nicht, wenn Sie jetzt nur ein bisschen was in den Wäldern ändern; der Kollege König hat es Ihnen ja gerade noch einmal gesagt. Zwar nicht Ihre eigene Fraktion, aber Ihr Koalitionspartner sagt ja hier auch, dass das nicht geht, was Sie hier herumschwadronieren.

Deswegen ganz klar: Erkennen Sie die Realitäten. Freie Bahn für die Planung! Wir brauchen die besten Standorte. Das ist ein zentraler Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Schritt ist dann noch, die 2 % im Landesplanungsgesetz oder in der Bayerischen Bauordnung festzulegen.

Der vierte Schritt ist eigentlich das Zentrale. Sie können diese ersten drei Schritte eigentlich relativ sang- und klanglos umsetzen. Wichtig ist aber einfach eine Aufbruchstimmung. Wir haben es gestern noch einmal im Energiebeirat gehört: Wir brauchen diesen Schwung. Wir brauchen diese Aufbruchstimmung. Herr Aiwanger, eine Aufbruchstimmung schafft man eben nicht, indem man kleine Änderungen macht und sagt: Mensch, eigentlich wollen wir es ja nicht, aber jetzt machen wir mal ein paar klei-

ne Änderungen. – Damit bekommen wir keine Aufbruchstimmung. Diese brauchen wir aber ganz dringend. Wir brauchen kein Herumdoktern an der 10-H-Regel, sondern eine klare Aufbruchstimmung.

Es ist einfach notwendig, dass man groß denkt, also nicht immer dieses Klein-Klein. Vor zweieinhalb Jahren hat Ministerpräsident Söder Hundert neue Windräder in den Wäldern angekündigt. Daraus ist nichts geworden. Aus Ihren Ankündigungen ist auch nichts geworden. Wir können jetzt nicht schon wieder darauf warten, dass Sie sagen: "Jetzt schauen wir mal. Zwei bis drei Jahre lassen wir mal ins Land ziehen, und dann schauen wir, ob diese kleinen Änderungen etwas bringen." Am Schluss stellen wir dann fest, dass wir wieder bei null sind. Das wird nicht funktionieren. Wir brauchen klare Kante: Die 10-H-Regel abschaffen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, Danke schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, ich habe noch einen letzten Satz. – Mit diesen vier Schritten schaffen wir es also, die Windkraft wiederzubeleben. Bayerns Bürgerinnen und Bürger sowie die Industrie können sich dann endlich auf einen günstigen und sauberen Strom freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, Sie bekommen extra Redezeit; denn wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. – Die erste kommt vom Kollegen Sandro Kirchner von der CSU.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Kollege Stümpfig, Sie bringen sehr viele Zahlen und Beispiele in Ihrem Redebeitrag. Es ist dann immer schwierig, ein Gefühl dafür zu bekommen, wie die Vergleichbarkeit ist.

Ich habe mir auch einmal die Zahlen herausgesucht. Wenn ich nach der installierten Leistung von Windkraft in Bayern schaue, dann stelle ich fest: Wir haben in Bayern 2,6 Gigawatt. In Baden-Württemberg, das Sie als Beispiel angeführt haben, hat man gerade mal 1,6 Gigawatt. Weil wir nach Ihrer Meinung in Bayern so schlecht sind, halte ich fest, dass wir in Bayern sogar mehr installierte Leistung haben als das Land Hessen, das an dieser Stelle 2,3 Gigawatt hat. Bayern immer als so schlecht darzustellen, ist irgendwie urkomisch.

Ein zweiter Punkt: Sie machen ja alles an der 10-H-Regel fest. Hypothetisch gesehen: Wenn die 10-H-Regel wegfällt, verändert sich die Situation nicht. Ich habe aktuelle Zahlen vorliegen: In Bayern haben wir 34 genehmigte Windräder, die nicht an einer Ausschreibung teilnehmen und nicht gebaut werden. Daher wäre meine Frage an Sie: Warum werden diese 34 Windräder, die in Bayern genehmigt sind, nicht gebaut? Was sind die Gründe dafür? Was spricht gegen die Umsetzung?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zu Ihrer ersten Frage: Man kann nicht Birnen mit Äpfeln vergleichen. Bei den erneuerbaren Energien ist die Größe entscheidend. Mein Landkreis Ansbach hat über 1.900 km². Der Landkreis Fürth von der Kollegin Fuchs hat 300 km². Jetzt haben wir 75 Windkraftanlagen. Kann ich dann sagen: Was macht denn Fürth? Was ist denn da los?

(Zuruf des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

– Ich rede jetzt. Du hast deine Frage gestellt. – Das kann man doch nicht vergleichen. Bayern ist doppelt so groß wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei den Zahlen, die du genannt hast, ist doch klar: Auf die Fläche bezogen haben wir viel weniger Anlagen. Auf die Fläche bezogen – das ist der Länderbericht,

den der Herr Minister Aiwanger nach Berlin schicken musste – hat Bayern die rote Laterne: Pro Quadratkilometer haben wir die am wenigsten installierte Leistung und den wenigsten Zubau. Das sind einfach die Tatsachen.

Zum zweiten Punkt: Der Grund, warum 32 Anlagen nicht gebaut wurden, liegt darin, dass sie im ewigen Planungsprozess sind. Dazu muss man schon auch sagen: Eine Befriedung durch 10 H, wie es der Kollege König behauptet – du kannst aufstehen, aber du bekommst trotzdem keinen Redebeitrag –, ist doch Quatsch. Wir hatten im ersten Halbjahr 2021 vier erteilte Genehmigungen. Gegen drei davon wurde geklagt.

(Zuruf von der CSU)

In keinem anderen Bundesland gibt es so eine hohe Klagequote. Befriedung ist doch Quatsch. 10 H muss weg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung, von Herrn Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben gesagt, Sie denken groß. Sie kennen auch die Zahlen, das muss ich mal lobend erwähnen. Für alle Energiesektoren – Strom, Mobilität und Wärme – bräuchten wir auf jeden Fall ein paar Hunderttausend Windräder. Das brauchen wir, wenn man das hochrechnet, beispielsweise als Ersatz für die ausfallende Leistung des AKW Gundremmingen. Sie haben gesagt, es würden 18.000 Hektar zusätzlich zur Verfügung stehen, wenn die 10-H-Regel fällt. Was glauben Sie, wie viele Windräder Sie zusätzlich bauen können? Sie haben von Klein-Klein gesprochen. Wir werden es nicht schaffen – und das müssen Sie endlich mal zur Kenntnis nehmen –, den gesamten Primärenergiebedarf hier in Bayern selber zu decken. Deshalb wollte ich Sie jetzt mal fragen: Wie viele Windkraftträder wollen Sie insgesamt in Bayern aufstellen?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir haben momentan einen Strombedarf von 85 Terawattstunden. Wenn wir erst mal beim Strom bleiben könnten, also bei den 1.500, 1.800: Das entspricht 150 bis 200 Anlagen pro Landkreis bis 2030, also 15 bis 20 Stück im Jahr. Die könnten diesen Beitrag leisten, 15 Terawattstunden. Dann hätten wir 20 bis 25 % im Strombereich. Das wäre ein wichtiger Baustein. Wir müssen in Bayern nicht autark werden. Das sagen wir auch nie. Es würde ausreichen, wenn wir 70 % unseres Stromverbrauchs produzieren. Dann haben wir natürlich noch einen gewissen Import; denn zu bestimmten Stunden geht das Produzieren nicht.

Wir brauchen natürlich auch das Übertragungsnetz. Vor 14 Tagen war ich schon schockiert über das Abstimmungsverhalten der CSU und der FREIEN WÄHLER, die meinen Antrag zur Bestätigung des Netzausbaus abgelehnt haben. Sie meinen, das brauchen wir nicht. Die CSU und die FREIEN WÄHLER verabschieden sich jetzt also auch vom Netzausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Klimaschutz bedeutet Energiewende. Wir FREIEN WÄHLER setzen hierbei technologieoffen auf einen komplementären Mix aus Erneuerbaren. Ein wesentlicher Leistungsträger ist dabei natürlich auch die Windkraft. Genau dieses Potenzial wollen wir verstärkt heben. Insbesondere die Länderöffnungsklausel sehen Sie, Frau Karl, Herr Stümpfig, ja als das große Hindernis.

Ja, 10 H löste heftige Diskussionen aus. Die Menschen und auch die kommunalen Entscheidungsträger sind polarisiert und gespalten. Entscheidend ist aber auch: Durch diese Sonderregelung in Bayern wird ein großzügig bemessener Abstand zwischen Windanlagen und Wohngebieten geschaffen. Das ist ein Ausgleich zwischen den Erfordernissen der Energiewende und den Interessen der örtlichen Bevölkerung.

Ich gebe zu: Wir FREIEN WÄHLER waren bekanntermaßen noch nie große Freunde von 10 H. Wir haben auch schon dagegen geklagt. Ich betone dennoch: Es gibt nach wie vor einen Koalitionsvertrag, in dem sich beide Partner auf 10 H verständigt haben. Wir FREIE WÄHLER beweisen schon auch Disziplin und halten selbst daran fest, wenn wir punktuell durchaus einzelne abweichende Positionen vertreten.

Ich sage aber ebenso deutlich: Würde es 10 H nicht geben, würden wir die Regel sicherlich nicht mehr einführen. 10 H ist für uns auch nicht sakrosankt und ewig in Stein gemeißelt. Wir werden uns vehement für eine Evaluierung einsetzen. Dazu bedarf es aber natürlich auch der Öffnung unseres Koalitionspartners.

Das ist wichtig; denn die Vorzeichen haben sich verändert. In Berlin regiert die Ampel-Koalition. Ihr zufolge sollen für Windkraft 2 % der Landesfläche ausgewiesen werden. Meine Damen und Herren, bei allem Optimismus und Respekt: Wir halten dieses Flächendiktat aus dem Bund für zu theoretisch und für Bayern einfach für wenig realistisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind deswegen keine Verhinderer. Wir sind keine Verhinderer, sondern wir suchen einen geeigneten Mittelweg. Wir wollen auch keinen Wildwuchs an Windrädern oder ein Zupflastern der Landschaft. Ich danke deshalb unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, dem es beim Habeck-Besuch gelungen ist, mit seinem verhandelten Ergebnis eine Brücke zu bauen, die Windkraft zu forcieren und andererseits eben dem Abstandsschutz gerecht zu werden.

Ich zitiere wörtlich:

Es gehe gar nicht darum, die umstrittene 10-H-Regelung komplett zu kippen, sondern darum, vernünftige, gezielte Ausnahmen zuzulassen.

Erfreulich war für uns auch die Antwort des Vizekanzlers. Im O-Ton:

Er habe kein Problem damit, wenn 10 H dabei glaubhaft kein Instrument zur Verhinderung von Windkraft sei.

Da ist es schon erstaunlich, Herr Stümpfig, dass der Klimaminister im Bund mit einer ganz anderen Zunge spricht als Sie hier in Bayern. Ich denke, da sind Sie nicht in der Linie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass auch unser Ministerpräsident bereit ist, die Abweichung von 10 H zuzulassen, zum Beispiel beim Repowering oder mit Standorten in Vorranggebieten, mit Windrädern im Wald. Auch dazu hat unser Wirtschaftsminister ein Konzept mit circa 300 Standorten entwickelt. Das entspricht auch den Vorstellungen des Ministerpräsidenten.

Der Freistaat wird also Abstände auf den Prüfstand stellen, wird dem Bund in Kürze konstruktive, praktisch angepasste, bürgerverträgliche Lösungsvorschläge vorlegen, wie die Kapazitäten hochgefahren werden können.

Noch aber, meine Damen und Herren, gilt die jetzige bayerische Regelung, und dazu stehen wir. Ich möchte aber auch daran erinnern: Windkraft ist stets auch ohne 10 H möglich. Kommunen können ja jederzeit davon abweichen, nämlich über ein Bauleitplanungsverfahren.

Ich behaupte auch: Alleine mit der Abschaffung von 10 H würde die Problematik nicht gelöst werden. Weitere Hürden gilt es zu überwinden: die hinderlichen natur- und artenschutzrechtlichen Prüfungen, die starren Strukturen des Denkmalschutzes oder das Thema Drehfunkfeuer, ebenso langwierige bürokratische, administrative Blockaden und Genehmigungsverfahren. Ich denke, all diesen überzogenen Einspruchsmöglichkeiten gilt es entschieden zu begegnen. Darüber wurde auch gestern im Energiebeirat deutlich diskutiert.

Unabhängig davon kämpfen wir weiter engagiert und ehrgeizig für die Windkraft. Unsere Initiative AUFWIND ist ein voller Erfolg. Unsere Windkümmerer setzen hier klare Akzente. Wir stehen für einen ambitionierten Ausbau der Windkraft, immer im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Deren Akzeptanz hat für uns oberste Priorität, ebenso die Maxime, auch die Kommunen an den Entscheidungsprozessen und an der Wertschöpfung zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, frischer Wind also für eine kraftvolle Energiewende. Ich komme zum Schluss: Wir setzen auf Dialog und Akzeptanz und nicht wie Sie auf Umsetzung mit der Brechstange. Wir stehen für Hilfen, Anreize und Pragmatismus. Sie stehen für Bevormundung, Verbote und die rot-grüne Ideologie. Deswegen lehnen wir Ihren Gesetzentwurf auch ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Martin Stümpfig von den GRÜNEN. Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, zu dem faktischen Verbot von Windkraft durch 10 H habe ich noch ein paar Fragen: Unser Bundeswirtschaftsminister Habeck hat gesagt: Wenn das Potenzial in Bayern gehoben werden kann – das soll jetzt nachgewiesen werden –, dann schaut er sich das Ganze noch mal an.

An Sie stelle ich die Frage: Wie soll das gehen? Wir haben 18 Regionale Planungsverbände. Die können momentan nichts unter 10 H planen. Die ganzen Flächen sind unbrauchbar geworden. Wie soll das gehen, wenn Sie jetzt an 10 H festhalten, kleine Änderungen, wie auch immer, machen – rechtlich wird das ja wirklich sehr chaotisch –, dass die jetzt in eine Planung einsteigen? Was sagen Sie zu den Regionalen Planungsverbänden?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Stümpfig, Ihren Vizekanzler und Klimaminister habe ich wörtlich zitiert. Zu Ihrer Frage möchte ich der Staatsregie-

zung nichts vorwegnehmen. Ich habe ausdrücklich betont, dass aktuell Vorschläge erarbeitet werden; als Frist wurde März genannt. Sie werden von uns rechtzeitig erfahren, mit welchen konkreten Vorschlägen wir aufwarten, um Windkraft voranzubringen und zu forcieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der SPD zur Abschaffung der 10-H-Regel ist ein Beispiel dafür, wie Sie über die Köpfe der Menschen hinweg Politik machen wollen. Es ist Ihnen völlig gleichgültig, dass Anwohner an Windkraftanlagen durch den Wertverlust ihrer Grundstücke praktisch enteignet werden. Es ist Ihnen auch egal, dass Sie mit dem Ausbau der Windkraft in der Vergangenheit einen unsozialen Anstieg der Strompreise verursacht haben. Waren Sie nicht einmal die Partei der kleinen Leute? – Heute ist die SPD die Lobby für Großinvestoren und EEG-Profiteure. Hunderte Milliarden Euro EEG-Umlage haben die Verbraucher bereits zwangsweise bezahlen müssen – eine Umverteilung von unten nach oben, und die SPD als Miterfinderin findet das toll.

Es sind aber nicht nur volkswirtschaftliche Aspekte, die gegen die Abschaffung der 10-H-Regel sprechen, sondern auch technische. Eine norddeutsche Windkraftanlage erzeugt bei gleichen Investitionskosten bis zu dreimal mehr Strom als eine Anlage in Südbayern. Der Freistaat ist naturgemäß in weiten Teilen kein guter Windkraftstandort; nehmen Sie das bitte mal zur Kenntnis. Die ideologische Verbohrtheit einiger Abgeordneter bei technischen Fragestellungen – wir haben es wieder gehört – hat schon etwas Sektenhaftes.

Wenn diese planwirtschaftliche Energiepolitik am Ende wenigstens zu einem grundlastfähigen Energiesystem führen würde, könnte man das noch verstehen, aber Ihre verkorkste Energiewende ist einfach ein riskantes Experiment, was ich an einigen Zahlen erläutern werde; teilweise wurde das schon ausgeführt: Um den deutschen Bruttoenergieverbrauch von circa 2.600 Terawattstunden mit Windkraft abzudecken, brauchte man rechnerisch ungefähr 400.000 Windkraftträder. Mit Blick auf das Einsparpotenzial bleiben es auf jeden Fall einige 100.000. Wo wollen Sie die hinstellen? Bis wann sollen die gebaut werden? Die Netzbetreiber rechnen bei Windkraft zudem mit einer technischen Nichtverfügbarkeit von 98 %. Konventionelle Kraftwerke, die Sie gerne verschrotten würden, werden also auch in Zukunft für eine Redundanz gebraucht – egal, wie viele Windräder Sie hier aufstellen.

Es wurde auch schon angesprochen, dass im grünen Baden-Württemberg ohne 10-H-Regelung weniger Windkraftanlagen als in Bayern aufgestellt worden sind. Dieser Vergleich zeigt einfach, dass die 10-H-Regelung offensichtlich nicht den entscheidenden Einfluss auf den Ausbau der Windkraft hat.

Für die AfD ist die Sache völlig eindeutig: Wir bleiben Anwalt für die betroffenen Bürger und schützen sie vor profitorientierten Investoren und dem Wertverlust ihrer Grundstücke. Aus unserer Sicht sollen allein die Anwohner vor Ort entscheiden dürfen, ob sie rotierende blinkende Ungetüme vor der Haustüre haben wollen oder nicht. Modelle zur Bürgerbeteiligung, wie sie gestern bei Windkraftanlagen gezeigt wurden, sind natürlich schon zielführend.

Insgesamt ist Windkraft in Bayern wegen der hohen Siedlungsdichte und der geringen Anlageneffizienz nicht geeignet, in Zukunft alle Energiesektoren aus Strom, Mobilität und Wärme abzudecken; das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen. Wir sollten uns von der Utopie verabschieden und für einen grundlastfähigen und technologieoffenen Energiemix in Bayern sorgen. Den vorliegenden Gesetzentwurf lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Albert Duin. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haltung der FDP-Fraktion hat sich Anfang des Jahres verändert: Schaffen wir die 10-H-Regel in Bayern ab; das sollen die Bürger vor Ort bestimmen. Wir wollen ihnen nichts diktieren und sie nicht bevormunden. – Eine bundeseinheitliche Abstandsregelung von 1.000 Metern, die immerhin die Keniakoalition in Brandenburg eingeführt hat, hat etwas für sich. Die Windenergie vor Ort muss von den Bürgern getragen werden; sonst funktioniert das nicht. Egal, ob 10 H oder darunter: Die Bürger müssen mitgenommen, an den Entscheidungen und eventuell auch an den Einnahmen beteiligt werden. Windenergie allein wird nichts bringen; das ist klar, aber ein anderes Thema.

Wir müssen vor Ort wirklich versuchen, dass die Menschen nicht in Streitereien verfallen und letztlich sagen: Die Politik macht sowieso, was sie will. – Sie wollen mitgenommen werden. Wir müssen sowieso sämtliche Energien zusammenkratzen, um die Energiewende in Bayern zu schaffen: Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Gas – alles wird für die Zukunft benötigt. Wind ist nur ein kleiner Teil und zusammen mit der Sonne der unzuverlässigste von allen.

Wenn ich in den Reden von der linken Seite höre, dass mit der Abschaffung der 10-H-Regel alles erledigt ist und wir nur Tausende von Windkraftträdern zu bauen brauchten, sollten wir uns über Folgendes auch Gedanken machen: Pro Windkraftanlage brauche ich 70 bis 80 Tonnen Beton. Rechnet mal aus, woher der ganze Beton kommen soll; ich bin gespannt, was dann mit Blick auf CO₂ herauskommt. Das ist Irrsinn.

Ich möchte Folgendes ganz stark hervorheben: Was haben die Menschen draußen bisher davon gehabt, dass wir die Energiewende eingeläutet haben? – Nichts anderes als Kostensteigerung, Mangel und Streitereien. Wir sitzen hier im Landtag oder in un-

seren Büros in warmen Sesseln und entscheiden über die Köpfe der Menschen hinweg, was für sie gut und was für sie schlecht ist. Die Menschen da draußen sollten schon mitreden. Vieles von dem, was hier angesteuert wird, ist blanker Unsinn.

Wir brauchen in Zukunft Gas, Gas und noch mal Gas, mag es auch Wasserstoff sein. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass der auch importiert werden muss, weil wir es in Bayern allein nicht schaffen. Habeck hat gestern übrigens gesagt: Wir werden auf den Import von Wasserstoff angewiesen sein. – Wir werden auch auf den Import von Strom angewiesen sein. Letztlich wird es so sein: Die paar Windmühlen, die wir noch bauen werden – selbst, wenn es 600 Stück werden, lieber Hubert Aiwanger –, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein; wir werden damit nicht zurechtkommen. Jetzt aber eine reine Verweigerungshaltung an den Tag zu legen, ist blöd. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf und dem Nachtrag, den wir auch noch haben, zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht nun Herr Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Bitte, Sie haben das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bleiben bei der Energiepolitik und vertiefen die Thematik 10 H; es ist gut, dass wir darüber reden. Ich gebe dem Redner der FREIEN WÄHLER, Rainer Ludwig, recht: Wenn es 10 H nicht gäbe, würden wir diese Regel jetzt nicht einführen; da sind wir uns wohl alle einig. Wir sind aber Realpolitiker und sehen, dass wir die jetzige Regelung haben und viele Planungsregionen sowie die Praxis draußen bisher mit der Regel leben mussten und sich damit teilweise arrangiert haben. Wir sehen, dass momentan kaum Windräder gebaut werden. Wir denken die Dinge zu Ende. Wenn wir von heute auf morgen die 10-H-Regelung komplett abgeschafft hätten, würden all die Dinge, die in den Planungsregio-

nen erarbeitet worden sind, auch die Windausschlussgebiete, die zu einer Beruhigung der Diskussion beigetragen haben, wieder vom Tisch gewischt werden.

Ich habe vor wenigen Tagen eine Videoschalte mit allen 18 bayerischen Planungsregionen gehabt. Diese können sehr wohl den Weg mitgehen, innerhalb ihrer Vorrang- und Vorbehaltsgebiete auf 10 H zu verzichten. Die überwiegende Mehrheit – bis auf einen – war dafür. Sie sind natürlich froh, dass die Ausschlussgebiete auch Ausschlussgebiete bleiben, weil sie damit im Gegenzug vor Ort Akzeptanz erhalten und sagen können: Liebe Leute, wenn wir in unserem Landkreis an dieser Stelle aus Landschaftsschutzgründen, aus touristischen Gründen usw. kein Windrad errichten, müssen wir an anderer Stelle einen kleinen Windpark zulassen.

Bei uns in Bayern haben wir ohnehin keine Planungen mit 50 oder 70 Windrädern pro Park. Ich bin vor Kurzem an Leipzig vorbeigefahren und habe aus dem Fenster gesehen. So etwas wäre in Bayern ohne Volksaufstand nicht durchsetzbar. Mehrere Windräder an einer Stelle sind aber noch denkbar. Deshalb glaube ich auch, dass wir eine Gesamtzahl von einigen Hundert Windrädern erreichen können.

Ich werde in meiner knappen Zeit versuchen, Ihnen dies kurz darzustellen. Ich will also sagen: Wir haben momentan eine sehr große, eine erstaunlich große Ruhe an der kommunalen Front, was dieses Thema angeht. Wir haben eine erstaunlich hohe Zustimmung, wenn wir mit Vernunft auf die Leute zugehen und sagen: Jawohl, ihr habt mit viel Ärger vor Ort in Absprache mit den Kommunen diese Vorrang- und Vorbehaltsgebiete erarbeitet und habt dafür Ausschlussgebiete. Wir gehen jetzt, die Zustimmung des Koalitionspartners vorausgesetzt – wir werden in den nächsten Wochen intensiv darüber sprechen –, mit dem Vorschlag in die Diskussion, in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten die 10-H-Regel nicht anzuwenden und meinetwegen auf 1.000 Meter Abstand herunterzugehen. Dann hätten wir auf einen Schlag mehrere Hundert Quadratkilometer Vorrangfläche, die noch nicht bebaut sind, zu denen sich die Kommunen aber schon dahin gehend geoutet haben, dort Windkraft zu akzeptieren.

Ein Drittel der bayerischen Staatsflächen ist Wald. Herr Kollege Stümpfig, mich wundert ein wenig – Sie waren doch gestern in der Schalte dabei –, dass Sie heute so tun, als wäre gestern eine Debatte darüber gewesen, nur in den Staatswäldern von 10 H Abstand zu nehmen. Auch die privaten Waldbesitzer waren in der Schalte; auch sie haben gesagt: Wenn schon, dann wollen wir auch davon profitieren, weil wir für unseren Waldumbau vielfach die Pachteinnahmen für Windräder brauchen, um reinvestieren zu können. Ich habe niemals die Position vertreten, nur in den Staatswäldern von 10 H Abstand zu nehmen. Dann würde die Argumentation natürlich lauten: Da spielt sich der Staat wieder selbst den Ball zu, und die Privaten sind außen vor. – Nein, ich bitte, dann alle Waldbesitzarten davon auszunehmen. Hier hoffe ich auf Ihre Unterstützung, nicht dass Sie dann sagen, die Wälder dürfen nicht angetastet werden.

Natürlich wird man dort mit Blick auf das Artenschutzrecht etwas genauer darauf sehen müssen. Dies wird Kollege Glauber auch machen, indem wir jetzt ein kamera-basiertes Vogelmonitoring zum Standard machen wollen, damit dann nicht mehr irrsinnigerweise, wie es derzeit der Fall ist, neue Windräder, die 5 Millionen Euro kosten und 10.000 Menschen mit Strom versorgen könnten, von Mai bis Oktober tagsüber abgeschaltet werden müssen, weil nicht bewiesen ist, dass dort kein Roter Milan ist. Man braucht also gar nicht einmal einen gesehen zu haben, sondern man muss im Umkehrschluss derzeit beweisen, dass keiner dort ist. Nach drei Jahren ist das dann vorbei. Dies verursacht einen Millionenschaden, der relativ willkürlich und unsinnig ist. Man sollte also praxistaugliche Lösungen anstreben.

In der gestrigen Energiebeiratssitzung haben Bürgermeister und Landräte Vorträge gehalten und uns gezeigt, wie es vorwärtsgeht. Herr Duin von der FDP, ich muss Ihnen widersprechen, wenn Sie fragen: Was haben die Menschen bisher davon gehabt? Beispiele von Bürgerenergiegenossenschaften wurden genannt, in denen die Bürger vor Ort ihr Geld in Windräder angelegt haben. In einem Fall haben sie schon 4,5 Millionen Euro an Rendite ausbezahlt bekommen. Es gibt Modelle, bei denen die

Kommunen profitieren. Die 0,2 Cent pro Kilowattstunde eingespeister Strommenge sind ja ein Beispiel.

Ich appelliere an die GRÜNEN, sich für eine Verbesserung des Südbonus einzusetzen, das heißt, diesen auch bei der EU-Kommission durchzufechten. Zugegebenermaßen ist Bayern weniger windhöffig als Nord- und Ostdeutschland. Es geht darum, dass ein Investor sein Geld hier anlegen will und nicht sagt: Ich gehe mit meinen Euros lieber nach Nord- und Ostdeutschland, wo die doppelte Windhöffigkeit herrscht. Man muss die Nachteile der bayerischen Standorte finanziell kompensieren. Dafür hat man dann aber auch den Strom direkt vor Ort und braucht ihn nicht erst anzutransportieren.

Kümmern Sie sich also darum, dass wir in Bayern für Windkraft einen Südbonus bekommen. Dann werden wir genügend Investoren haben. Wir wollen eben, dass einheimische Investoren einsteigen, nämlich die Bürger vor Ort und die Kommunen, dass die Grundbesitzer vor Ort die Pacht erhalten. Der Waldbesitzer braucht diese häufig, um die Wälder umwandeln zu können. Mancher Grundbesitzer hat auch gerne diese paar 10.000 Euro.

Es geht auch um die heimische Bauindustrie. Mich wundert, dass die FDP über das Betonieren schimpft. Man kann es aber andersherum interpretieren: Natürlich ist dies zunächst einmal ein CO₂-Input; alle Berechnungen sagen aber, dass die CO₂-Bilanz nach gut einem Jahr wieder positiv ist. Das sind Aufträge für die heimische Wirtschaft. Ein solches Windrad der 5-MW-Klasse kostet 5 Millionen Euro. Dies bedeutet auch Aufträge für die heimischen Planungsbüros, für die heimischen Bauunternehmer und für die heimischen Handwerker. Warum sollen wir bayerisches Geld an andere Standorte in Deutschland überweisen? Dies alles natürlich nur dann, soweit es Sinn macht.

Ich will nicht mit dem Kopf durch die Wand, sage aber, dass in Bayern einige Hundert Windräder möglich sind. Gestern habe ich die Zahl 600 genannt. Derzeit haben wir 1.138 Windräder. Wenn wir in Bayern den Einsatz von Windkraft verdoppeln wollen,

brauchen wir ungefähr 600 neue Windräder. Damit sind wir gut im Rennen. Ich halte diese Zahl 600 auch für realistisch umsetzbar. Wir haben eine Studie erarbeitet, die zu dem Ergebnis kommt: Wenn wir etwa 1.250 Meter Abstand von der Besiedelung halten würden – man könnte auch auf 1.000 Meter heruntergehen –, entstünden allein in den bayerischen Staatsforsten gut 100 Standorte mit jeweils ein bis fünf Windrädern; in den Privatwäldern gäbe es dann die doppelte Zahl an Standorten.

Deshalb noch einmal ganz klar: Ich bin auf alle Fälle dafür, alle Waldbesitzarten von der 10-H-Regel auszunehmen. Dadurch entstünden mindestens 300 Standorte in den Wäldern. Vielleicht wird nicht jeder Standort realisiert werden. Dafür kommt aber an vielen Standorten mehr als ein Windrad zustande. Wenn wir dann noch die Vorranggebiete aus der 10-H-Regelung herausnehmen, die teilweise auf Freiflächen liegen, kommen wir in etwa auf diese Zahl, ohne die Menschen vor den Kopf zu stoßen, ohne den Vorsitzenden der Regionalen Planungsverbände sagen zu müssen: Ihr könnt alle eure Planungen in den Mülleimer treten; jetzt kommt wieder die Privilegierung und der auswärtige Investor und die Bürgerinitiative, und ihr vor Ort habt wieder die Kacke am Dampfen, wie dies ja der Fall war. Versuchen wir bitte vielmehr, uns von der gegenwärtigen Situation aus, die mit dem Null-Ausbau zugegebenermaßen kein Dauerzustand sein kann, vernünftig nach vorne zu bewegen.

Ich sage trotzdem deutlich dazu: Wir müssen auch respektieren und anerkennen, dass es Landkreise gibt, die schon 80, 100, 200 und über 200 Windräder haben, und dass es auch Landkreise gibt, die fast keine haben. Nicht überall wird ein Windrad hinpasse. Man muss aber auch sagen: Die, die schon viel getan haben, sollen nicht noch einmal eins obendrauf bekommen. Es ist schon eine Gemeinschaftsaufgabe, weswegen jeder seinen Anteil liefern muss. Dann, glaube ich, haben wir in diesem Land Konsens.

Derzeit stammen in Bayern 50 % des erzeugten Stromes aus erneuerbaren Quellen. Die Windkraft bringt etwas mehr als ein Drittel dessen, was derzeit die PV bringt. Ich kann mir vorstellen, dass wir in den nächsten zehn Jahren – heute ist ja die Meldung

gekommen, dass Agri-PV jetzt Gott sei Dank besser unterstützt werden soll; hierzu gibt es auch aus Sicht der bayerischen Landwirte volle Zustimmung – als Zeithorizont den PV-Anteil gut verdoppeln, vielleicht sogar verdreifachen können, wenn wir noch mehr Dächer einbeziehen, und dass wir den Windkraft-Anteil verdoppeln können. Dann sind wir nicht mehr weit davon entfernt, den in Bayern benötigten Strom vollständig selbst zu erzeugen, es sei denn, der Strombedarf verdoppelt sich bis dahin wieder; dann laufen wir wieder hinterher. Beim aus erneuerbaren Energien erzeugten Strom sollten wir eine Zielmarke von mindestens 50 %, ja, ich will sagen, von vielleicht 100 % ansteuern. Wir werden dann bei gut 50 % mehr landen. Dies ist okay, aber dann haben wir noch lange nicht den gesamten Energiebedarf Bayerns abgedeckt.

Noch einmal: Lassen Sie uns beim Thema 10 H mit Vernunft und Fingerspitzengefühl vorgehen. Hauen Sie jetzt nicht mit dem Hammer auf das Porzellan und sagen zu den Kommunen: Ab morgen ist alles anders. – Dann werden die sich nämlich zurücklehnen und sagen: Dann tragt ihr mal den Streit mit den Bürgern vor Ort aus. – Wir haben draußen Abstimmungen, die gerade immer ganz knapp pro Windkraft ausgehen, beispielsweise im Ebersberger Forst: 51 % zu 49 % usw. Wenn Sie die Kommunen hier vor den Kopf stoßen, dann wird sich kein Bürgermeister und kein Landrat mehr vorne hinstellen und für diese Projekte werben, sondern sie werden sagen: Frag den da oben. – Dann werden die Bürgerentscheide anders ausgehen, und dann haben wir wieder Streit in den Dörfern und in den Kommunen. Gehen Sie deshalb den Weg der Vernunft mit, und gehen Sie nicht mit dem Kopf durch die Wand. Dann kommen wir mit der Windkraft vernünftig vorwärts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, das war mir jetzt zu viel Klein-Klein. Nur als Beispiel: Wir haben hier in Bayern das Kernkraftwerk Gundremmingen abgeschaltet, das entspricht äquivalent 2.100 Windkrafträdern. Sie haben gesagt, sie wollen insgesamt 600 neue Windräder bauen. Mir fehlt da so ein bisschen die rote Linie, auch hier bei Ihrer Rede. Sagen Sie uns doch noch einmal: Wie wollen Sie die Energiesektoren Strom, Mobilität und Wärme in Bayern bedienen? Mit wie viel Anteil? Eines haben Sie jetzt zugegeben, dass wir nämlich im Norden zwei- bis dreimal so viel Strom aus einem Windrad herausbekommen wie im Süden. Deshalb frage ich Sie jetzt auch: Warum wollen Sie die Bayern denn dazu zwingen, vor Häusern Windkraftanlagen zu bauen, wenn das oft gar nicht sinnvoll ist? Wäre es dann nicht besser – das haben Sie auch ausgeführt –, mehr Strom zu importieren? Insgesamt also noch einmal die Frage: Welchen Plan haben Sie, und wie soll der Energiemix in Zukunft ausschauen? Dazu haben Sie eigentlich nichts gesagt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich habe deshalb nicht viel dazu gesagt, weil das nicht der Arbeitstitel der Rede ist. Hier geht darum, ob wir 10 H abschaffen wollen oder nicht. Es geht nicht darum, wie der Energiemix Bayerns in zehn Jahren ausschaut. Ich gebe Ihnen aber gerne die Antwort darauf. Ich habe gesagt, der Anteil der erneuerbaren Energien beim Strom liegt derzeit bei 52 %. Dann können wir die Terawattstunden herunterzählen; PV 13, Wasserkraft 11, dann die 10 bei der Biomasse und die 4,7 beim Wind. Wenn wir dann die PV verdoppeln und verdreifachen, die Windkraft verdoppeln, dann kommen wir beim jetzigen Energieverbrauch in Bayern – ich habe aber auch gesagt, wer weiß, wo wir in zehn Jahren sind – etwa dahin, dass wir den Großteil des Stroms in Bayern selbst erzeugen. Der Stromanteil ist aber nur der geringere Anteil. Mobilität und Wärme fehlen noch. Sie wissen, ich bin ein bekennender Anhänger des grünen Wasserstoffs. Wir hoffen, dass vom Bund ein ordentliches Förderprogramm für Erdwärme kommt. Dann

können wir den Bereich Wärme über Fernwärmeleitungen abdecken. Der Rest, diese Lücke, wird dann über Importe von grünem Wasserstoff abgedeckt werden müssen, wie groß diese Lücke auch immer ist.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Alexander König von der CSU-Fraktion das Wort.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich begrüße es außerordentlich, dass Sie sich Gedanken über die Regionalpläne und über die dortigen Vorrangflächen machen. Ich nehme an, Sie meinen vor allem auch die Ausschlussflächen. Tatsächlich ist es so, dass die Bürger bei mir zu Hause im Landkreis Hof, wo 10 % der Windräder Bayerns stehen, in der überwiegenden Mehrheit nicht gegen Windräder sind. Sie sind aber dagegen, dass alle Windräder bei ihnen gebaut werden, während anderswo keine gebaut werden. Deshalb ist es richtig, sich darüber Gedanken zu machen. Dabei unterstütze ich Sie ausdrücklich.

Meine Frage ist: Sind Sie der Meinung, dass die Ausschlussgebiete, die vor vielen Jahren von den Regionalen Planungsverbänden festgelegt wurden, unter heutigen Gesichtspunkten noch sachlich zu rechtfertigen sind? Wenn nein, und wenn Sie davon ausgehen, dass die Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene vielleicht nicht bereit sein werden, in Zukunft wesentliche Änderungen herbeizuführen, sehen Sie dann die Möglichkeit, dass hier der Gesetzgeber tätig wird und dafür sorgt, dass wirklich überall in Bayern die gleichen Voraussetzungen für den Bau von Windrädern geschaffen werden?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Meine Antwort ist ganz klar: Die Regionalen Planungsverbände werden ihre Pläne ständig überarbeiten. Wir haben auch wieder an sie appelliert, denn mit Einführung der 10-H-Regel wurden vielfach die Kugelschreiber beiseitegelegt und die Planungen nicht mehr weitergeführt. Das war auch nicht mehr nötig und sinnvoll. Unter dem jetzi-

gen Gesichtspunkt sollten wir uns in der Koalition aber darauf einigen, dass wir Vorranggebiete von der 10-H-Regelung ausnehmen, dann wird das eine neue Gewichtung, eine neue Brisanz erfahren. Unter diesem neuen Gesichtspunkt wird man dann die Pläne noch einmal überarbeiten. Vielleicht wird es Kommunen und Regionale Planungsverbände geben, die die Planungsregionen positiv anpassen, um die 10-H-Thematik vom Feld zu nehmen. Dort, wo sich eine Kommune derzeit mit der Bauleitplanung herumschlägt, vielleicht außerhalb eines Vorranggebietes, wird die Bauleitplanung, wenn man das Vorranggebiet darüberlegt, obsolet, und zwar im positiven Sinne.

Sie werden auch über die Pläne schauen, ob die Ausschlussgebiete weiterhin sinnvoll sind. Sie werden sie anpassen. Wir können aber nicht akzeptieren, dass nur Ausschlussgebiete riesigen Ausmaßes definiert werden und keine Vorranggebiete. Dann muss man noch die Karte der Wälder danebenlegen. Fünf von den 18 Planungsregionen haben bislang weder Vorrang- noch Ausschlussgebiete. Das heißt aber nicht, dass sie keine Windkrafträder haben, im Gegenteil. Sie haben in vielen Fällen überdurchschnittlich viele Windkrafträder, obwohl sie weder Vorrang- noch Ausschlussgebiete definiert haben. Sie sind auch mit dem jetzigen Verfahren zum Ziel gekommen. Da muss man jetzt noch die Karte der Wälder danebenlegen. Wenn in solchen Planungsregionen nämlich idealerweise ein hoher Waldanteil besteht, und das trifft teilweise zu, dann brauche ich die Verantwortlichen vor Ort nicht zu nötigen, sich den Kopf über Vorranggebiete zu zerbrechen, wenn sie ihre Schuldigkeit auch über die 10-H-Ausnahme in den Waldgebieten hinbekommen.

Das ist ein sehr verschränktes Thema. Jetzt darf aber nicht Trick 17 angewendet werden, nach dem Motto: Ich mache keine Planungsgebiete, dann ist bei mir weiterhin alles 10 H, und dann brauche ich keine neuen Windräder zu errichten. Dieses Spiel würde ich nicht akzeptieren. Ich glaube aber auch nicht, dass dieses Spiel gespielt werden soll. Ich hatte wirklich den Eindruck, dass die Vorsitzenden der Planungsregionen sehr verantwortungsvoll damit umgehen. Sie haben teilweise sogar Zahlen ge-

nannt, was sie sich als weiteren Zubau vorstellen können. Ich glaube, wenn wir hier mit Vernunft und kooperativ mit ihnen weiterarbeiten, dann erreichen wir eine Zahl von mehreren Hundert Windrädern ohne öffentliche Auseinandersetzungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Staatsminister Aiwanger, machen Sie sich doch die Mühe und hören Sie sich Ihre Rede im Nachhinein noch einmal an. Zu Beginn haben Sie gesagt, die Planungsregionen hätten sich mit 10 H arrangiert. Jetzt, auf die Intervention von Herrn Kollegen König, haben Sie gesagt, die Planungsregionen haben den Kugelschreiber nach der Einführung von 10 H hingelegt. – So ist es tatsächlich. Zu den 36.000 Hektar, die wir in Bayern haben, ist fast nichts dazugekommen. Das ist ein klarer Widerspruch.

Dann noch einmal die Frage an Sie: Was haben Sie bei Ihrem Treffen mit den 18 Planungsregionen dazu gesagt, wie diese jetzt, unter 10 H, neue Flächen finden sollen? Wie soll das gehen? Was war da die klare Ansage? Wie haben Sie es dargestellt, wie wollen Sie es rechtfertigen, wenn ein Landwirt eine Ackerfläche vor einem Wald hat? Warum sollte der nicht auch eine Windkraftanlage installieren dürfen, wenn Sie nur auf die Waldfläche gehen? Was ist Ihre klare Ansage an die Planungsverbände gewesen, damit diese auch neue Flächen akquirieren können?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Kollege Stümpfig, ich kann Sie gut leiden, aber mit der Logik haben Sie es nicht so ganz.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie waren gestern dabei. Zunächst einmal hat es mich gewundert, dass Sie so getan haben, als hätte ich gestern die Position vertreten, 10-H-Ausnahmen gäbe es nur für die Staatswälder. Ich habe mehrmals und ausdrücklich gesagt, dass ich das für alle Wälder will. Sie sagen jetzt, da sei ein Widerspruch, weil ich gesagt habe, dass sich ein Großteil arrangiert hat, und ich das mit der Aussage verbunden habe, die hätten dann den Kugelschreiber zur Seite gelegt. Das ist kein Widerspruch. Damals wurden die Planungsregionen so bearbeitet, dass sie Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ausgewiesen haben. Als dann 10 H kam, wurde nicht mehr weiter geplant, so, wie das Herr Kollege König sagte. Wir sind auf dem Stand von damals geblieben, als die Windräder noch 120 Meter hoch waren. Heute sind sie 250 Meter hoch. Dafür arbeiten sie heute quasi lautlos, während die damaligen Modelle noch teilweise Schall produziert haben.

Die Situation hat sich also geändert. Es hat sich vielleicht auch im Landschaftsschutz und Tourismusgedanken etwas geändert; sei es drum. Noch einmal: Es gibt bei den meisten Planungsregionen, also bei 13 von 18, Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebiete. Fünf Planungsregionen haben sich mit der Thematik eben noch nicht tiefer auseinandergesetzt. Aber diese Pläne gibt es. Damals wurde dann der Kugelschreiber zur Seite gelegt, weil die 10-H-Regelung diese Arbeit quasi für überflüssig erklärt hat; daraufhin konnte man nicht mehr weiterarbeiten. Aber wir können jetzt auf diese Arbeit von damals sehr belastbar zurückgreifen und dort wieder anknüpfen. Trotzdem heißt es, man würde gerne an diese Planungen, die damaligen Entwicklungen und den Konsens in der Bürgerschaft und auf kommunaler Ebene anknüpfen und nicht den Plan in die Mülltonne werfen, weil jetzt alles ohne die 10-H-Regelung geht. Am Ende haben wir jetzt Windräder in Ausschlussgebieten; dann gibt es draußen wieder den Krieg, den wir nicht wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, meine Damen und Herren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüßt das Hohe Haus nun auf der Ehrentribüne ganz herzlich aus der Republik Kosovo Herrn Aliu Liburn, Minister für Umwelt, Raumplanung und Infrastruktur, Herrn Luan Dalipi, Kabinettschef des Premierministers Albin Kurti, und die Referentin des Premierministers Frau Fellanza Podrimija.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlich Willkommen im Bayerischen Landtag. Ich habe gehört, Sie hatten eine sehr komplizierte Anreise. Umso mehr freuen wir uns, dass Sie jetzt hier sind. Herzlich Willkommen!

Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/16896, der Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/17825 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung auf der Drucksache 18/19894 zugrunde.

Vorab ist über den Änderungsantrag abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags auf Drucksache 18/17825. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/16896 zustimmen will, den bitte

ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.